

Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.

Abonnementspreis vierteljährlich für Halle und durch die Post bezogen 2 Mark.

Insertionspreis für die viergehaltene Corbus-Zeile oder deren Raum 15 Pfg.

Halle'sches Tageblatt.

Wienbachsches Jahrgang.

Amliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.
Im Selbstverlage des Magistrats der Stadt Halle.

Beilagegebühren 9 Mart.

Insertate für die nächstfolgende Nummer bestimmt, wozu bis 9 Uhr Vormittags, spätere dagegen tags zuvor erbeten.

Insertate bestreiten sämtliche Annoncen-Bureau.

N. 24.

Dienstag, den 30. Januar.

1883.

Ausgabe- und Annahmestellen für Inserate und Abonnements bei Aug. Apelt, Leipzigerstr. 8, Rob. Cohn, gr. Steinstraße 73, M. Dannenberg, Geißstraße 67, Albert Schmidt, Dompf. 8, F. W. Matze, „Zum Güttenberg“, Mühlstraße 20c, Ludw. Kramer, Diemig.

Für die Monate Februar und März eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von 1 Mark 50 Pf.
Bestellungen werden bei allen Reichs-Postanstalten, in Halle in der Expedition und von unseren Boten angenommen.

* Artillerie-Schießplätze.

Im außerordentlichen Etat der Verwaltung des deutschen Reichsheeres sind zur Erweiterung der Artillerie-Schießplätze, Bestimmung bezw. Verlegung von Übungswerten und sonstigen Baustellen auf denselben, sowie zur Erweiterung und Einrichtung von zwei neuen Artillerie-Schießplätzen 5 630 679 M. als erste Rate eingestellt. Im Ganzen sind 10 975 418 M. für beregte Zwecke veranschlagt, welche sich auf die Etatsjahre 1883/84, 1884/85 und 1885/86 verteilen. In einer dem Etat beigegebenen Denkschrift wird dafür im Wesentlichen folgendes angeführt: Mit der Einführung der gezogenen Geschütze ergab sich die Notwendigkeit, die Schießplätze der Artillerie den größeren Schußweiten der neuen Geschütze und der vermehrten Geschützführung entsprechend zu erweitern. Außerdem trat auch noch das Bedürfnis ein, bei der wiederholten Vernehmung der Artillerie-Regimenten diese vorhandenen unzureichenden Schießplätze weit intensiver als früher auszunutzen. In Verbindung mit der durch die Vervollständigung der Schußrohren vergrößerten Wirkung und Tragweite der Geschütze mußten in Folge dessen die schon früher hervorgezogenen Unzulänglichkeiten für die Abjagen der betreffenden Plätze sich in erheblich härterem Maße zeigen. Ein Ueberwiegen der Grenzen ist nicht zu vermeiden und das benachbarte Terrain gefährdet. Es läßt sich daher nicht umgehen, im Interesse der Sicherheit während der Schießübungen, welche in Folge der intensiveren Benutzung der Plätze während der Zeit von mehreren Monaten andauern müssen, einen großen Teil des umliegenden Terrains dem Verkehr aufzugeben zu lassen. Während dieser Zeit müssen in dem gefährdeten Terrain die bewohnten Häuser verlassen, muß alle Arbeit auf den Feldern ruhen und der Verkehr auf den Kommunikationswegen eingestellt werden. Die diesbezüglichen von den Klägern der Abjagen haben sich von Jahr zu Jahr vermehrt, und ist die Militärverwaltung nicht in der Lage, denselben ohne Schädigung der wichtigsten Interessen der Truppenausbildung Abhilfe zu schaffen. Die Militärverwaltung hat sich für die Störung im Wirtschaftsverkehr, für entstandene Sachbeschädigungen nach Maßgabe des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden auf Grund der Abjagung Sachverständiger Entschädigungen gezeigt.

(Nachdruck verboten.)

Frauenliebe.

Von A. Bertow.
(Fortsetzung.)

„Der Irrthum ist verzeihlich, wenn man sich noch gar nicht kennt. Warte, gib dem Herrn Deine Hand.“
Der Kleine legte mißtrauisch sein rundes Händchen in die ihm dargebotene Rechte, um gleich darauf wieder sein Gesicht am Halse seiner Mama zu verbergen, mit deutlich ausgesprochener Abneigung einer ferneren Annäherung.
„Er ist nicht gewöhnt, mit Fremden zu verkehren,“ sagte Hildegard entschuldigend.
„Ich bin erstaunt, daß Ihr Herr Gemahl, denn ich vermute, daß diese Verfügung seine Wahl ist, sich seine Meinung in dieser Einseitigkeit gegründet,“ sagte Bertow, entschlossen, in die Verhältnisse dieses Hauses näher einzudringen.
„Weder mein Mann, noch ich haben es jemals bereut.“
„So ist Ihr Herr Gemahl wohl ein passionierter Landwirth?“
Die Frage war anscheinend harmlos gefaßt, ein eigentümlich forschender Blick Bertow's ließ indessen Hildegard, unangenehm berührt, kurz antworten: „Nein, er ist nicht Landwirth.“
„Und lebt dennoch hier?“
Die junge Frau erhob sich. „Ich glaube, daß Ihr Wagen in wenigen Minuten hier sein wird,“ sagte sie mit süßer Zurückhaltung, und werde Werner dann hierherbringen.“
Sie entfernte sich mit leichter Verneigung; Bertow blühte ihr ungewiß nach.
„Sie hat meine Frage übel genommen; vielleicht war es ihr lästig, mir zu antworten, oder, ein plötzlicher Gedanke tauchte in ihm auf,“ sie hat Ursache, ihre Verhältnisse nicht Anbrenn mitzutheilen. Diese Verborgenheit, verbunden mit offenbar günstigen Lebensumständen, könnte mich auf allerlei Gedanken bringen. Ich muß dem Räthsel auf die Spur kommen.“
Das Erscheinen Werner's unterbrach seinen Gedanken-

gang; er kam ihm zu melden, daß der Wagen am Gartenpforte seiner warte und führte ihn an dem Hause vorbei der Pforte zu. Bertow bemerkte sich verzögert, einen Schatten jener holdseligen Frauengestalt zu entdecken, die ihm so schnell erschienen; umsonst, sie war nicht zu erkennen.
„Empfehlen Sie mich Ihrem Herrn mit meinem wärmsten Danke“, sagte er, als er das lächelnde Führer befiel, zu dem an der Pforte stehenden Gärtner.
Der ziemlich naturwüchsige Hofknecht auf dem Vorderstege des ebenso vorweltlichen Wagens betrachtete sich seinen Fahrgast mit neugierigen Blicken und das offenbare Staunen des jungen Bauern bei dem Anblicke des elegant gekleideten Attachés gab diesem den Plan ein, ihn über die soeben verlassene Villa etwas auszuforschen; der Wunsch schien ihm dumm und unzulässig genug, um sich durch Fragen alles das abholen zu lassen, was er zu wissen wünschte.
„Wem gehört das hübsche Haus dort?“ begann er sein Verhör, als sie eine kleine Weile gefahren.
„Der Herr kommt ja eben von dort“, lautete die nicht allzu bereite Antwort, da wird er wohl wissen, daß es der gnädigen Frau gehört.“
„Und wer ist diese gnädige Frau?“
„Das wissen wir nicht.“
„Ist sie schon lange hier?“
„Es sind jetzt drei Jahr.“
„Und wohnt sie allein dort?“
„Nein, mit der Brigitte und dem alten Werner.“
„Ist ihr Mann denn todt?“
„Bewahre, frisch denn und gesund; er ist nur nicht immer da.“
„So?“
„Wirklich? Aber wer ist der Mann denn eigentlich?“
Diese letzte Frage erwiderte des Dürchen Geduld.
„Ist der Herr vielleicht ein Polizeikommissar, daß er mich nach Dingen fragt, die ich nicht angehen?“ Die gnädige Frau, das ist ein Engel und kein Mensch daß nach ihr zu fragen.“
Er drehte dem inquirierenden Fremden den Rücken, und Bertow, überzeugt, daß er aus seinem Ausdrücke nichts mehr herausbekommen würde, ergab sich in sein Schicksal,

durch Geschosse bezw. Geschößhülle getroffen werden können. Bei dem bereiteten Stande der Waffentechnik würde die volle Sicherheit des Umlandes nur bei einer Länge des Schießplatzes von 12 und einer Breite desselben von 3 Kilometer erreicht werden. Die Vergrößerung sämtlicher Schießplätze nach obigen Rücksichten bezw. die Neuverwerbung gleich großer Schießplätze würde jedoch unverhältnismäßige Kosten verursachen. Es sind deshalb bei der Aufstellung eines Normalprojektes für einen Artillerieschießplatz nur solche Maße zu Grunde gelegt worden, welche die für die Ausbildung der Artillerie in Schießen durchaus notwendige räumliche Ausdehnung gewähren. Diese Maße sind 7500 Meter Länge und 2000 Meter Breite. Dieselben sollen aber auch nur derartiger Plätze möglich ist (z. B. bei Hammerstein). Eine Verringerung dieser Abmessungen kann überall eintreten, wo durch günstiges Ausansterrain (Hügellisten, Wald, morastiger Boden) eine Eröberung des Umlandes erreicht wird. Die jetzt vorhandenen Artillerie-Schießplätze haben im Allgemeinen eine Länge von 3700 Meter bei einer Breite von 1000 Meter am Aufstellungsplatze und 600 Meter an ihrem Ende. Augenblicklich vorhanden sind 13 Schießplätze, von denen einer — Kammersdorf — nur für die fortlaufenden Veruche der Artillerie-Prüfungskommission dient und für die Truppenübungen nicht in Betracht gezogen werden kann. Bei drei der übrigen 12 Plätze — Koefstedt, Jagenuw und Griesheim — wird zunächst überhaupt von einer Erweiterung abgesehen, weil nach der Lage der erkannten beiden in ausgedehnten Wäldungen bezw. haben eine Gefährdung besorgter Gegenstände ausgeschlossen erscheint und auch die dort zu zahlenden Fäurenschädigungen sich bisher in mäßigen Grenzen gehalten haben; bei letzterem — Griesheim — aber in Betracht kommt, daß zufolge des mit der Gemeinde Griesheim abgeschlossenen Vertrages eine Verletzung der Reichslande durch Entschädigungsforderungen der Abjagen nicht zu gewärtigen ist. Die Schießplätze Tegel, Jüterbog, Falkenberg, Wessell und Wahn gestatten die dieselbst schon jetzt notwendige Erweiterung. Auf dem Falkenberger Plage wird eine Verlegung des Feld-Artillerie-Paradenlagers erforderlich, um durch Verschiebung der Schußlinien die angelegte Längenausdehnung des Schießplatzes herbeiführen zu können, da das jetzt vorhandene Lager vor der neu projektirten Schußlinie liegt. Diese 5 Plätze werden nach der ersten Erweiterung im Ganzen gute Verhältnisse ergeben. Drei Schießplätze — Kredow, Glogau und Hammerstein gestatten keine ausreichende Erweiterung; es liegen bei ihnen die Verhältnisse so ungünstig, daß selbst bei Reduzierung der militärischen Ansprüche bis unter die Grenze des im Minimum als notwendig Erkannten eine weitere Benutzung dieser Plätze nicht möglich ist. Die dritte Be-

vorläufig an des anmuthigen Räthels Lösung verzweifeln zu müssen. Aufgeben wollte er es indessen nicht. Der Eindruck, den die reizende Erscheinung Hildegard's auf ihn gemacht, war ein zu nachhaltiger gewesen, um so schnell verzessen zu werden; er beschloß auf jeden Fall zurückzukehren.
„Also schon seit Jahren hier?“ murmelte er vor sich hin, „und ihr Mann scheint sie nur zeitweise zu besuchen; das giebt mir zu denken. Der Gatte ist vielleicht gar nicht einmal der Gatte; — ja, sehr wahrscheinlich nicht, denn warum sonst diese Verborgenheit? Gewiß, ich schreibe hier einem stillverheirateten Glück auf die Spur gekommen zu sein.“
Diese neue Idee gab seinen Gedanken eine ganz andere Richtung. Bertow gehörte zu den Männern, die von der Tugend der Frauen im Allgemeinen eine sehr geringe Meinung haben, weil sie sich häufig in den Sphären bewegen, wo die Gunst derselben mehr oder minder käuflich ist; der plötzliche Gedanke, daß er es hier mit keinem leichten Verhältnisse zu thun habe, ließ ihm Hildegard fast augenblicklich in einem anderen Licht erscheinen.
„Ich werde wiederkehren und zwar bald,“ dachte er, „ich sehe nicht ein, warum man den Versuch nicht machen sollte. Eine Frau, die ihren Mann in offener längerer Zwischenräumen nur sieht, pflegt gewöhnlich bald an Langeweile zu leiden und Langeweile tann die Menschen, besonders die Frauen, zu Allem bringen.“
Es vergingen nur wenige Tage bis zu der Ausführung seines unlauteren Vorhabens; ein leichter Wagen brachte ihn in die Nähe der Villa. Dort ließ er ihn warten und ging zu Fuß bis zu der Gartenpforte, die er läßt öffnete und sich, von Niemand bemerkt, in das Innere des Gartens verlor. Das Gesicht war ihm günstig; in dem entferntesten Laubzuge, in der Nähe jener erpöhten Veranda, ging Hildegard allein auf und nieder und mit besüßelten Schritten eilte er ihr entgegen.
(Fortsetzung folgt.)

baumung der Umgebung derselben gestattet nur in ganz bestimmten Richtungen zu schießen, und selbst bei Zuerhalten dieser Richten haben sich Gefährdungen der anliegenden Ortschaften nicht vermeiden lassen. Infolge der sehr ungünstigen topographischen Verhältnisse kann auf dem Schießplatze bei Strecken die Fuß-Artillerie überhaupt nicht schießen. Die Plätze von Altenberg, Glogau und Hannover sind ferner so fauch, daß sie die Erarbeiten der Fußartillerie sehr erschweren, in nassen Jahren aber fast unmöglich machen. Betreffs der Schießplätze Altenberg und Glogau sind von den Abjaganten gegen den Justiz obliegende gerichtliche Erkenntnisse erstritten worden, und sind deshalb gerade hier die zu zahlenden Flurenwidrigkeiten so hoch, daß es auch aus ökonomischen Gründen wünschenswert erscheint, auf diesen Plätzen fernerhin Schießübungen der Artillerie nicht mehr stattfinden zu lassen. Es bleiben darnach nur noch 8 Schießplätze übrig; 10 sind aber erforderlich, sodaß zwei neu erworben werden müssen und zwar sind dafür Plätze bei Hammerstein und Gruppe in Aussicht genommen.

* Politische Tagesübersicht.

Salle, 29. Januar.
Am Sonnabend hat im Reichstagsgebäude eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden.
Zu dem von der „N. A. Z.“ mitgetheilten Briefe des deutschen Kaisers an den Papst bemerkt die „Kr.-Z.“: „Für die Haltung der konservativen Partei in der kirchenpolitischen Frage, in Sonderheit bis zum Ablauf des vorjährigen kirchenpolitischen Gesetzes, ist damit der Weg des Abwartens ein unvermeidlicher geworden. Aber auch das Centrum, sollen wir meinen, hätte alle Veranlassung, den veränderten Verhältnissen gegenüber auf die Verätzung seiner kirchenpolitischen Aufgabe einmütig ausdrücklich zu verzichten.“ Dazu scheint allerdings nach der folgenden Bemerkung, welche die „Ber.“ an das kaiserliche Schreiben knüpft, wenig Hoffnung vorhanden zu sein: „Wir haben schon wiederholt betont, daß der Friede durch Konzeptionen von beiden Seiten herbeigeführt werden kann und muß und zwar durch gleichartige und gleichwertige Konzeptionen. Nun liegt aber die Forderung des obigen Schreibens auf dem Gebiete der organisatorischen Gelege, während das Zugeständnis, welches angekündigt wird, sich nur auf die transitorischen Verhältnisse bezieht und bei Wiederherstellung des Friedens von selbst ihre Anwendung einbüßen müßten. Zugeständnisse der Kirche in Betreff der Angelegenheit sind von Zugeständnissen des Staates auf denselben Gebiete abhängig. Es ist ja jetzt allerorts klar geworden, daß die unveränderte katholische Angelegenheit in ihrem ganzen Umfange und mit all ihren Konsequenzen von der Kirche unmöglich übernommen werden kann.“ In parlamentarischen Kreisen in Berlin wurde das Schreiben am Sonnabend lebhaft besprochen. Dasselbe hat fast allgemein einen günstigen Eindruck hervorgerufen, denn einestheils erblickt man darin eine Garantie dafür, daß die preussische Regierung nicht Willens ist, auf Rechte zu verzichten, welche der Staat nicht preisgeben kann; andererseits giebt das Schreiben einen abermaligen Beweis für die friedliche Bestimmung, welche die preussische Regierung und vor Allem der Kaiser selbst theilt. Einer Erwidrerung des Papstes auf das kaiserliche Schreiben darf wohl mit Sicherheit entgegengehoben werden.

Das Central-Comité der deutschen Vereine vom rothen Kreuz hat sich Sonnabend Abend in Berlin zu einer Sitzung versammelt. Ihre Majestät, welche die Absicht gehabt hatte, an der Sitzung Theil zu nehmen, war am Morgen verhindert worden. Zunächst wurde über die revidierten Rechnungen für 1880 und 1881 Beschluß gefaßt und Rechnung erstellt. Der Vermögensbestand am 31. Dezember 1881 belief sich, dem „Deutsch. Wbl.“ zufolge, auf 384 491 M. (gegen 373 019 M. vom 31. Dezember 1879). Die Einnahmen betragen 1880 29 887 M., 1881 17 910 M., die Ausgaben 18 992 und 18 732 M. (Unterstützungen an Offiziere 3196 und 4430 M., an Mannschaften 2344 und 5145 M.). — Die vorgelegte Rechnung für 1882 ergab an Einnahmen 17 932 M., an Ausgaben 14 378 M. (Unterstützungen an höhere Offiziere und Mannschaften 6770 M.) und einen Bestand am 31. Dezember 1882 von 387 445 M. Sodann wurde beschlossen, auch vom Central-Comité aus Maßregeln zu ergreifen, um der v. Erigenischen Preisfälschung: „Das rothe Kreuz in Deutschland“ eine mögliche Verbreitung zu sichern. An die Sitzung des deutschen schloß sich eine solche des preussischen Central-Comité's an, in welcher über die beschlossene Vertheilung der Kriegserörerne an dem Werke des rothen Kreuzes und über die Herstellung einer engeren Verbindung zwischen dem preussischen Central-Comité und dem Vorstande des Vaterländischen Frauenvereins berathen wurde. In beiden Beziehungen gelangte man noch nicht zu definitiver Beschlußfassung. Schließlich wurden einer Anzahl von Anstalten zur Ausbildung von Krankenpflegern und Pflegerinnen namhafte Subventionen bewilligt.

Anlässlich des Willeschen Falles wird darauf aufmerksam gemacht, daß bereits seit Jahren Verhandlungen über einen Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich schweben.

In der am Freitag Abend in Berlin stattgehabten Sitzung der zuständigen Kommission wurde die Disjunktion über die Noelle zum Reichsbeamtenengesetz in zweiter Lesung fortgesetzt. Entgegen der Abstimmung in der ersten Sitzung, bei welcher der Art. 1 und 3, über die Pensionierung vom 65. Lebensjahre an, mit 9 gegen 2 Stimmen abgelehnt worden waren, wurden die beiden Artikel mit 8 gegen 4 Stimmen wieder hergestellt und das Gesetz nach der Vorlage angenommen.

Im Reichsanzug wird amtlich bekannt gemacht, daß die europäische Donau-Kommission eine allgemeine Er-

mäßigung der von ihr an der Sulztaunung erhobenen Schiffahrtsabgaben um 20 Prozent beschloßen hat.

Im Justizministerium ist, wie verlautet, ein Regulativ ausgearbeitet worden, durch welches die Vorbereitung der Referendare zur Abseinerprüfung wie die Bestimmungen über dieses Examen selbst geändert werden. Diese Aenderung des früheren Regulativs sowohl bezüglich des Examens wie des Vorbereitungsunterrichts dürfte hauptsächlich durch den überproportigen Anstieg der juristischen Laufbahn und die Unmöglichkeit, die jungen Leute entsprechend zu verwenden, hervorgerufen sein. Eine Unmöglichkeit, die wir übrigens an der Hand statistischer Daten Ende vorigen Monats ausführlich dargestellt haben.

In Bezug auf die beschlossene anderweitige Regelung der Küchendienstverhältnisse, wie die „N. A. Z.“ zufolge, daß die Arbeiten im Reichstagsamt zu weit gefördert sind, daß die Angelegenheit binnen Kurzem an den Bundesrat würde gelangen können. Es geht als wahrscheinlich, daß vor der definitiven Regelung der Frage eine Enquete berufen werden wird, zu welcher die Genehmigung des Bundesrats eingeholt werden soll; derselben würden dann die bestimm formulierten Fragen resp. Vorschläge zur Debatte unterbreitet werden. Um aber in der Sache schon jetzt etwas zu thun, soll beschloßen sein, die Exportifikation für Zucker schon für dieses Jahr um etwas, wenn auch nicht viel, provisorisch herabzusetzen, in der Vertheilungsform aber noch keine Aenderung eintreten zu lassen.

Die sozialpolitischen Vorlagen der österreichischen Regierung gehen ihrer Vollendung entgegen. Die Entwürfe eines Haftstraf- und Unfallversicherungs-Gesetzes werden gegenwärtig von der Ministerialkommission bearbeitet und dürften dem Abgeordnetenhaus im Laufe des nächsten Monats zugehen. — Der Minister v. Giers hatte am Sonnabend eine Besprechung mit dem deutschen Vorkämpfer, Prinzen Feß.

Am vergangenen Freitag ist das französische Ministerium unter Großes Koräfte zu einer Beratung über die Haltung zumgenetreten, welche das Cabinet der Kammer gegenüber einzunehmen habe. Es wurde beschloßen, auf Grund eines Antrages habe eine Verhandlung zu occurriren. Dieser Antrag reproduziert den b. h. l. g. l. Entwurf der Regierung und fügt das Verbot für die Prinzen hinzu, Wahl-funktionen auszuüben und Aemter und Stellen im Civil- und Militärdienst zu bekleiden. Darauf gab der Marineminister Lauraguery seine Entlassung; der Kriegsminister Villot erklärte, daß er eine solche Maßregel ablehne, wüßte aber ein, provisorisch sein Verbot zu behalten, um nicht eine Ministerkrise zu veranlassen. Ueber die Ansicht des Reichspräsidenten Duleter, welcher krank ist und Niemand empfangen kann, ist zur Zeit noch nichts bekannt. Der Kommission ist der Beschluß des Cabinets zur Kenntnis gebracht worden. Derselbe nahm am Sonnabend mit 6 gegen 5 Stimmen den b. h. l. g. l. Antrag an. Der Reichstatter Marcou legte sein Mandat ab solcher nieder, worauf Jahre zum Reichstatter gewählt wurde. Derselbe brachte seinen Bericht an Schluß der am demselben Tage stattgehabten Sitzung der Deputiertenkammer zur Verlesung. Gegen denselben protestirte der Bonapartist Bourgeois und beantragte die Stellung der Vorfrage. Auch der Bonapartist Cuneo protestirte gegen denselben. Die Vorfrage wurde mit 440 gegen 98 Stimmen abgelehnt und die Disjunktion über den Bericht auf Montag festgesetzt. Eine Versammlung der Rechten der Kammer beschloß, alle Anträge bezüglich der Mitglieder der früheren Reichsfamilien abzulehnen und seinen Antrag auf gleiche Abstammung zu unterstützen. — In derselben Sitzung wurde von der Kammer übrigens Artikel I des Gesetzentwurfs der Kommission über die richterlichen Beamten, welcher die Unabsehbarkeit der Richter aufhebt und die Wahl derselben einstellt, verworfen. Die Mittelstellungen, welche an St. Petersburg kommen, gehen dahin, daß Kaiser Alexander von Rußland die von ihm einschlagende politische Linie nummehr für die Dauer fixirt habe. Der Zar habe sich, wie als sein Ausdruck angegeben wird, vergewissert, daß die Aufrechthaltung der traditionellen Beziehungen zu Deutschland den Interessen seines Reiches und seiner Dynastie am meisten entspreche. Es ist bemerkenswerth, daß diese Versicherungen gleichzeitig mit der Annäherung des Herrn v. Giers in Wien erfolgten und wohl dazu bestimmt sind, die Mission, die der Minister in Wien verfolgt, hier zu erläutern. Bestätigt sich dieser Ausdruck Kaiser Alexanders, so ist er immerhin von nicht zu unterschätzendem Werthe, denn die Offenheit des Zaren ist bekannt. Inzwischen ist allerdings die Zeit vorbei, wo in Rußland allein mit dessen Selbstherrschern zu rechnen war.

Die englische Note über Aegypten harret noch immer einer Beantwortung von Seiten der Mächte. Eine Verständigung über eine gemeinsame Haltung scheint noch nicht erzielt. Die nächste Aufnahme hat die Note bei Rußland und bei Italien gefunden, von Seiten dieser Mächte dürften mehr oder weniger einschneidende Vorbehalte gemacht werden.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. Januar.

— Se. Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag die Vorträge der Hofmarschälle entgegen und empfing mehrere höhere Offiziere. Mittags arbeitete der Kaiser mit dem General-Lieutenant von Albedyll. Um 5 Uhr findet im königlichen Palais am Anlaß des Geburtstages des Prinzen Wilhelm bei den Majestäten Familientafel statt, an welcher die zur Zeit hier anwesenden Witzlieber der königlichen Familie und die fürstlichen Gäste theilnehmen werden.

— Der Kaiser wird morgen Mittag um 12 1/2 Uhr das Präsidium des Reichstages zur Entgegennahme der Beileidsbezeugung des letzteren über den Tod des Prinzen Karl empfangen.

— Bei den Majestäten fand heute Nachmittag 5 Uhr zur Feier des Geburtstages Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm im königlichen Palais ein Diner von circa 25 Gedecken statt. Der Großfürst Nikolaus von Rußland, welcher heute Abend 8 Uhr nach Stuttgart abreist, verabschiedete sich nach dem Diner, auch der Herzog und die Herzogin von Coburg, der Erbprinz von Dohrn-Pollern und der Prinz Christian zu Schleswig-Holstein verließen heute Abend Berlin. Die fremden Vertreter und Deputationen haben gleichfalls Berlin wieder verlassen.

Die Kronprinzessin besuchte am Freitag Morgen von Neuem die Ausstellung literarischer Meisterwerke im Akademie-Gebäude und verweilte, geführt von Herrn Dr. Hobe und Herrn Banquier Edgar Dainauer, längere Zeit in den herrlich decorirten Räumen. Von Neuem äußerte sich die hohe Frau, voll von Bewunderung über die Schönheit der Arrangements und die Pracht der ausgestellten Werke, sowie über die Freude, welche ihr diese Veranstaltung bereite.

Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm gedenken heute Abend von hier wieder nach Stabschloße zu Potsdam überzuziehen. Der Prinz Wilhelm empfing an seinem heutigen Geburtstag die Gratulationsbesuche der hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie.

— Von dem Inhalt des Testaments des Prinzen Karl erfährt man ferner, daß der Verlebte jedem seiner 3 Adjuanten testamentarisch ein campagnemäßig ausgerüstetes Reitpferd aus seinem Marcial vermachte. Der Hofstaat des Prinzen bleibt, wie wir des Weiteren vernehmen, zur Ordnung der Hinterlassenschaft noch 3 Monate bestimmen.

Der Großherzog und die Frau Großherzogin von Baden, sowie der Erbprinzherzog und die Frau Erbprinzherzogin von Oldenburg gedenken noch einige Zeit in Berlin zu bleiben.

Auf Anraten des Professors Dr. Kaufmann in Straßburg ist der von seiner Bronchitis noch immer in der Anwaltschaft begriffene Erbprinzherzog von Mecklenburg-Schwerin mit seiner Gemahlin, geboren Großfürstin Anastasia von Rußland, von Schwerin nach der Riviera abgereist, um in San Remo oder Mentone einen Aufenthalt von unbestimmter Dauer zu nehmen. In diesen und auswärtsigen Wäldern hat man einen Bericht über den Besuch des Fürsten Bismarck bei dem Großfürsten Nikolaus im russischen Beschäftigungshotel am Mittwoch. Einzelne Blätter gingen so weit, zu berichten, daß die Unterredung „in Gegenwart des Herrn von Sabourin“ vor sich gegangen und dann lange Depeschen an Herrn v. Giers in Wien abgeordnet worden seien. Man hat allerdings Mittwoch im Hofbericht gefunden, daß der Großfürst der Fürstin Bismarck an jenem Tage besucht habe, es war das aber nur von dem Großfürsten auf sein Tagesprogramm gesetzt worden. Großfürst Nikolaus erkrankte am Mittwoch und war bis gestern leidend. Er ließ daher seinen Besuch bei dem Reichstatter abgeben und der Reichstatter, der sich gleichfalls am Mittwoch bei dem Großfürstin hatte anfragen lassen, zog seine Anmeldung ebenfalls unter den bewandten Umständen zurück. Heute Nachmittag gegen 4 Uhr, als der Großfürst von seinen Abschiedsbesuchen in das russische Beschäftigungshotel zurückgefahren war, fand er den Reichstatter, der ihn dort erwartet hatte und mit dem er eine halbe Stunde zusammenblieb. Abends 8 Uhr ist dann der Großfürst nach Stuttgart abgereist.

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Becker, weiß sich hier, um mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten einen Vertrag mit dem Staate über Anlage des Bahnhofs der Stadt Köln zu vereinbaren. Die Verhandlungen werden spätestens am Montag zum Abschluß gelangen.

Nach Mittheilungen aus Hamm, die dem „D. Wbl.“ zufolge, gehen, wird der frühere Appellationsgerichts-Präsident Meyer zu Bevern, jetziger Kammergerichts-Präsident zu Berlin, welcher wegen Fünftätigkeit bereits am 1. Januar in den Ruhestand treten sollte, nummehr am 1. April pensionirt werden und in seine Stelle der Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Ball zu Hamm treten.

In der Angelegenheit wegen Verweisung vom Militärdienst sind vier höhere Militärärzte des 11. Armeekorps suspendirt worden.

Der Kultusminister hat genehmigt, daß zu Braunsberg von Neuem zehn darmherzige Schwwestern aufgenommen werden dürfen. Wie verlautet, ist die Regierung zu Königsberg in Dirschauen laut davon benachrichtigt und dürfte das Weitere sofort veranlassen.

Hannover, 27. Januar. Senator Haltenhoff ist als Stadtdirektor von Hannover bestätigt.

Oesterreich.

Wien, 27. Januar. Graf Kainoff gab heute zu Ehren des Herrn v. Giers ein Abschiedsdiner. Heute Abend folgte letzterer einer Einladung des Erbprinzherzogs Kaiser.

Frankreich.

Paris, 26. Januar. Prinz Napoleon ist wegen Mangels an freier Bewegung erkrankt; der Gefängnisarzt besucht ihn täglich zweimal. Wie es heißt, soll er nach einem Krankenhaus gebracht werden. — Dem großen diplomatischen Essen im Elysee wohnte gestern Fürst Hohenlohe wegen der Trauer des Berliner Hofes nicht an.

Paris, 27. Januar. Im dem Journal „Le Pays“ erklärt Casagnac, die Kaiserin habe ihn ersucht, seine Politik gegenüber dem Prinzen Napoleon nicht zu ändern. Er sagt, diejenigen, welche behaupteten, daß die Kaiserin sich in politischer Beziehung mit dem Prinzen Napoleon einigt habe, beleidigten die Kaiserin, deren Weise einfach ein Akt der Familienoldatärität und der Großmuth gewesen sei. Die Kaiserin habe nicht verlangt, den Prinzen besuchen zu dürfen, und die Regierung habe ihre Absicht nicht zu beschleunigen gesucht. — Die „France“ versichert, der mit der Vorunter-

